

Rot-Grün kann's nicht

HERBSTGUTACHTEN MIT WINTERSTIMMUNG

Mangel verwalten reicht nicht

„Das Herbstgutachten unterstreicht, dass vom Aufschwung keine Rede sein kann; noch bevor auch nur ein Hauch von wirtschaftlicher Erholung einsetzt, verdüstern sich die Ausichten bereits wieder“, erklärt CDU-Generalsekretär Larenz Meyer zur Analyse der Wirtschaftsforschungsinstitute.

voll den Managern anzulasten, helfe der Regierung vielleicht über den Tag, unserem Land aber nicht über die nächsten Jahre, sagt der CDU-Politiker.

Deutschland hinke im internationalen Vergleich weiter hinterher - Bürger und Unternehmen zahlten die Zeche für inzwischen sechs Jahre wirtschaftspolitischen Laienspielertums.

Die Erfahrung der vergangenen Herbstgutachten lehre: Das tatsächliche Wachstum dürfte noch viel geringer ausfallen als

vorhergesagt. Das lasse Schlimmes befürchten.

Meyer: „Die Verantwortung für diese desolante Entwicklung trägt die Bundesregierung: Sie hat jahrelang Reformen am Arbeitsmarkt, beim Steuersystem und bei den sozialen Sicherungssystemen verschleppt - so haben es ihr die Institute heute unmissverständlich ins Stammbuch geschrieben.“ Projekte wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe seien zwar notwendig, reichten aber nicht aus. Die Bundesregierung lüge sich

in die eigene Tasche. Der CDU-General: „Es reicht nicht aus, den Mangel zu verwalten - unser Land braucht eine entschlossene

Politik für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze.“ Die Ankündigung der Regierung, für die kommenden zwei Jahre nichts mehr tun zu wollen, müsse jeder Arbeitnehmer als Drohung empfinden, so Larenz Meyer.



Unter Rot-Grün...

...geht in Deutschland alle 13 Minuten ein Unternehmen Pleite.

...ist das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland erstmals unter den Schnitt der EU gesunken.

...gibt es jeden Tag 460 Arbeitslose mehr und 1.500 sozialversicherungspflichtige Jobs weniger.

...ist die Zahl der Kinder, die von Sozialhilfe leben, von 2002 auf 2003 um 6,2 % gestiegen.



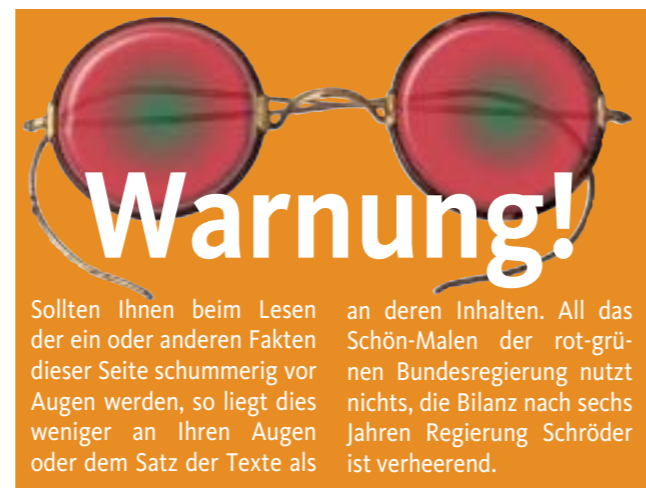
1.399.088.061.230 €

Eine gigantische Zahl - über eine Billion Euro, so hoch dürfte die staatliche Verschuldung am Ende des Jahres sein! 2005 wird Deutschland zum vierten Mal in Folge gegen den Stabilitätspakt verstoßen. Aber die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen. Das Geld fehlt für dringend benötigte Investitionen in Bildung und Verkehrswege.



Bildungsmisere

Unser Bildungssystem war einst weltberühmt. In der PISA-Studie schnitten vor allem SPD-geführte Länder miserabel ab. Viele unionsgeführte Länder erreichten dagegen auch international gute Plätze. Bildung ist Deutschlands wichtigste Ressource. Rot-Grün ist mit der Bildungsmisere völlig überfordert - und setzt auf verstaubte zentralistische Ideen.



Sollten Ihnen beim Lesen an deren Inhalten. All das der ein oder anderen Fakten dieser Seite schummerig vor Augen werden, so liegt dies weniger an Ihren Augen oder dem Satz der Texte als an deren Inhalten. All das der ein oder anderen Fakten dieser Seite schummerig vor Augen werden, so liegt dies weniger an Ihren Augen oder dem Satz der Texte als an deren Inhalten. All das der ein oder anderen Fakten dieser Seite schummerig vor Augen werden, so liegt dies weniger an Ihren Augen oder dem Satz der Texte als an deren Inhalten.

Deutschland kann mehr Ziel: mehr Arbeitsplätze

Der CDU-Bundesvorstand hat den Leitantrag für den Parteitag im Dezember beschlossen. Darin finden sich umfangreiche Konzepte für den Wiederaufstieg Deutschlands. Das wichtigste Ziel: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Mit dem Beschluss „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“ hat die CDU ein Maßnahmenpaket vorgelegt, wie Deutschland aus der Krise kommt. Die Hauptziele der Christdemokraten - und wie die CDU sie erreichen wollen: Mehr Jobs: Arbeitslosen

wieder eine Chance zu bieten, ist der CDU am wichtigsten. Deshalb treten die Christdemokraten für einen flexibleren Kündigungsschutz ein - so finden Menschen wieder Arbeit, die wegen der starren Regeln derzeit nicht eingestellt werden. Die Union will intelligente Arbeitszeitmodelle, eine bessere Unterstützung von Existenzgründern und die Schaffung niedrig bezahlter Jobs durch Kombilöhne. Mehr Chancen: Deutschland erstickt in Bürokratie. Das schränkt nicht nur die Möglichkeiten

von Unternehmen und Bürgern ein. Bürokratie vernichtet auch Jobs. Deshalb will die CDU einen „schlanken Staat“, ein übersichtliches Steuersystem und die Befreiung des Mittelstands von unnötigen Regelungen. Die CDU meint: „So sehen wir alle wieder klarer - und können wieder mehr leisten.“ Mehr Familie: Heute will sich niemand mehr zwischen Familie und Beruf entscheiden. Beides muss deshalb reibungslos vereinbar sein. Die Maßnahmen der Union, um dieses Ziel zu erreichen: Ausbau der

Teilzeitarbeit, flexiblere Arbeitszeiten, Anerkennung von Dienstleistungen im Haushalt und Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Den vollständigen Leitantrag sowie weitere Informationen finden Sie auf www.cdu.de



Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.

Die Zahlen sind nicht neu. Und sie bestätigen sich jährlich aufs Neue. Die unionsregierten Länder liegen bei allen wichtigen Kennziffern vorn.

als die SPDregierten Länder. Im Schnitt hatten unionsge-

mehr Sicherheit für die Menschen zu schaffen. Und so ist



Das Wichtigste vor weg - die Arbeitslosenstatistik. Über zwei Prozentpunkte stehen die unionsgeführten Länder besser da als die der SPD (9,6 zu 11,9 Prozent in 2003). Das sind mehr als bloße Zahlen, dahinter verbergen sich Schicksale von ganzen Familien. Nicht verwunderlich ist es daher, dass die unionsgeführten Länder beim Wirtschaftswachstum deutlich besser abschneiden

führte Länder 2003 ein Wirtschaftswachstum von 0,1%. In SPD-geführten Ländern waren es -0,5%. Ein traditionelles Anliegen der Union ist es auch

es auch. In unionsregierten Ländern leben die Menschen am sichersten. Im Jahr 2003 gab es in den unionsregierten Ländern Baden-Württemberg

(5.456), Bayern (5.709), Thüringen (6.917) und Saarland (7.011) bundesweit die wenigsten Straftaten auf 100.000 Einwohner. Anders die SPD-Länder: In vier der fünf unsichersten Länder Deutschlands regiert die SPD. Das traurige Schlusslicht bildet Berlin - hier kamen 16.622 Straftaten auf 100.000 Einwohner. Bei einem der Hauptthemen der Berliner Union in diesen Tagen, der Bildung, sieht es nicht anders aus. In unionsgeführten Ländern haben Kinder die besten Chancen auf eine gute Bildung. Die PISA-Studie zeigt: Die Schüler aus den unionsgeführten Ländern Bayern, Baden-Württemberg und

Sachsen liegen vorn - beim Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften. In den unionsgeführten Ländern haben außerdem auch Kinder aus sozial schwächeren Familien bessere Bildungschancen. Dagegen steht die SPD vor einem Desaster: Auf allen bewerteten Gebieten landeten SPD-Kultusminister mit ihrer Politik auf den letzten Plätzen. Sachsen und Thüringen gehören zur Spitzengruppe in Deutschland und liegen weit vor den SPD-geführten Ländern im Osten, obwohl alle ostdeutschen Länder die gleiche Ausgangsposition hatten.(dr)

Gesundheitsprämie

Die CDU will mit ihrem Prämienmodell die Gesundheitskosten gerechter verteilen als heute.

Solidarsystems bei. Das ist nach Meinung der CDU ungerecht. Konkret bedeutet das: Für kleine Einkommen wird sich mit der Gesundheitsprämie nichts ändern. Mittlere Einkommen werden deutlich mehr Geld im Portemonnaie haben. Höhere Einkommen werden übermäßig belastet. Die Einkommen der Gutverdiener tragen dagegen nur bis zu einer Höhe von 3.500 Euro zur Finanzierung des

bald jeder 20 Prozent Krankenkassenbeiträge statt heute etwa gut 14. Das würde die Lohnzusatzkosten erhöhen und tausende von Arbeitsplätzen kosten. Deshalb will die CDU mit dem Prämienmodell die Gesundheitskosten von den Arbeitskosten abkoppeln. Experten gehen davon aus, dass mehr als eine Million neue Jobs entstehen könnten. (dr)

prämie +++ Presse zur Gesundheitsprämie +++ Presse zur Gesundheits

„Die Prämie entlastet.“ (FAZ, 11. 10. 2004) „Erstmals würden der medizinisch-technische Fortschritt und die Finanzierungslasten... nicht mehr zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen.“ (Der Spiegel, 11. 10. 2004) „Auch die [...] Legende, Familien würden durchweg schlechter gestellt und Singles bevorzugt, ist eine Behauptung, die

keiner Überprüfung standhält: Das Gegenteil ist wahr. (Der Spiegel, 11. 10. 2004) „Die von der CDU geplante Gesundheitsprämie wird Spitzenverdiener weit höher belasten als Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen.“ (Bild Zeitung, 11. 10. 2004) „Gerecht ist nur das Prämienmodell.“ (Die Welt, 7. 10. 2004)